

Oberbürgermeister
Eckhard Naumann
Stadtverwaltung Wittenberg
Markt 26
06886 Lutherstadt Wittenberg

Zusatzinformationen
zur
Erklärung zur Veränderung des Personenstandes
und
zu den rechtlichen Konsequenzen

BGB § 1 "Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt."
Im Palandt BGB (Kommentar) finden Sie dazu nähere Erläuterungen:

"1) Beginn der Rechtsfähigkeit.-a) Alle **natürlichen Personen** (Menschen) sind ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Geschlecht oder Herkunft rechtsfähig (Begriff s. Übbl 1). Die Rechtsfähigkeit kann dem Menschen durch behördliche oder gerichtliche Entscheidungen nicht aberkannt werden; sie kann auch nicht durch eine Verzichtserklärung ihres Trägers aufgehoben oder beschränkt werden. Soweit ausländisches Recht natürlichen Personen (Sklaven) die Rechtsfähigkeit vorenthält, ist es gemäß EGBGB 6 im Inland nicht zu beachten."

So finden Sie es wörtlich im Kommentar zum BGB. Doch was bedeutet dies nun und warum finden Sie das Wort "Sklaven" in einem "modernen" Gesetzeswerk? Welches ausländische Recht würde denn in der heutigen Zeit **aus natürlichen Personen Sklaven machen** und was ist dazu erforderlich?

Ich möchte Ihnen dazu Antworten geben, auch wenn diese Antworten vielleicht Einiges in Ihrem Kopf in Unordnung bringen könnten. Nehmen Sie jedoch nichts einfach so hin. Ich würde mir wünschen, daß Sie all diese Dinge selbst nachprüfen. Nichts sollte einfach als Behauptung stehen bleiben, ohne daß Sie es selbst überprüft haben.

Tauchen wir dazu kurz in die Geschichte ein.

Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg tobte. Es ging im Wesentlichen darum, daß sich die Menschen auf dem amerikanischen Kontinent von der englischen Kolonialmacht frei machen wollten. Eine Kolonie ist kein Staat und deshalb haben die Menschen, die in der Kolonie leben, auch keine Bürgerrechte. Nur ein echter Staat kann seinen Bürgern gewisse (Standes-) Rechte verleihen.

Die Sklaven in der abhängigen Kolonie, die zudem am Tropf des englischen Geldes hingen, wollten frei sein. Nachdem die Unabhängigkeit erreicht war, schuf sich das (weiße) Volk eine eigene Verfassung, gründete einen eigenen Staat und gab eigenes Geld aus. Diese Freiheit der ehemaligen Sklaven, die durch die Schaffung des Staates Bürgerrechte erwarben, paßte natürlich den nun ehemaligen Kolonialherren nicht. Natürlich gab es in Amerika immer noch Sklaven. Es waren überwiegend die weiterhin entrechteten Schwarzen.

Mitte des 19. Jahrhunderts kämpften in Amerika die Nordstaaten gegen die Südstaaten. Der Norden wollte die Sklaverei abschaffen, der Süden an ihr festhalten.

Sklaven sind Leibeigene. Sie besitzen keinerlei Rechte und stehen nach dem Gesetz (BGB §90) Sachen gleich. Der Besitzer des Sklaven kann mit dieser Sache verfahren wie er will. Er kann den Sklaven (die Sache) auch ungestraft inhaftieren, foltern oder gar töten.

Den Krieg auf beiden Seiten angeheizt hatten verschiedene Agenten eines großen Bankhauses. Dabei unterstützte der englische Zweig die eine Seite und der französische Ableger die Andere. Es war das Haus Rothschild. Ein in Frankfurt ansässiger Familienclan der einmal Bauer hieß und auch das Herz der englischen Finanzmacht darstellte.

Der Krieg kostete ein Vermögen und brachte den jungen Staat in arge finanzielle Not. Die Geldverleiher nutzten die von ihnen erschaffenen finanziellen Schwierigkeiten um schrittweise Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben und so wurde mit dem "Act of 1871" vom 41. US-Kongress "Washington D.C.", die Regierung der Vereinigten Staaten, in eine gewerbliches Unternehmen umgewandelt. Mit der vertraglichen Einbindung aller amerikanischen Einzelstaaten in diese Corporation wurde so jeder amerikanische Bürger einem Teil seiner Bürgerrechte entledigt und er wurde unbemerkt zu einem Angestellten dieser Firma. Eine Firma kann jedoch keine wirklichen Rechte verleihen. Es sei denn, sie läßt Ihr Personal glauben, daß sie es kann. Man kann auf der Erde ja auch gut leben wenn man glaubt, sie wäre eine Scheibe.

UNITED STATES CODE Title 28, § 3002 (15) (A) (B) (C):

(15) "United States" means – (A) a Federal corporation; (B) an agency, department, commission, board, or other entity of the United States, or (C) an instrumentality of the United States

Im Laufe der Zeit festigte der Clan seine Stellung und mit dem "Federal Reserve Act" von 1913, wurde dann ein privates Banker-Konsortium zur Zentralbank der USA, der FED, mit dem Recht, Geldnoten ohne Realwertehinterdeckung zu drucken und zudem den Geldfluß zu kontrollieren.

Dieser Act ermöglicht es der FED bis heute, privates Geld ohne Gegenwert zu schaffen und es über die Firma (US-Corporation) dem Volk gegen Zinsen zu leihen. Zur Bezahlung der Zinsen verlangt der Simulationsstaat (die Firma) von "seinen Bürge(r)n" (genauer: seinem Personal) Einkommenssteuern, die es laut Verfassung gar nicht geben dürfte! Aber es gibt sie trotzdem.

Im Jahre 1914 begann der erste Weltkrieg. Es war der bislang teuerste Krieg der neueren Menschheitsgeschichte. Natürlich durch Kredit finanziert und ordentlich verzinst. Die im Anschluß an den Krieg inszenierte Weltwirtschaftskrise führte im Jahre 1933 zur Insolvenz der United States (Corporation).

Am 9. März 1933 verkündete Präsident Roosevelt den "Emergency Banking Act". Damit wurde die Bundesregierung der United States als insolvent aufgelöst. Um aber weiter geschäftsfähig zu bleiben, bot die United States Corporation ihr Personal der FED als Sicherheit an. So wurden ab 1933 obligatorische Geburtsurkunden für alle Einwohner eingeführt, die gleichzeitig als Bankbürgschaft und Wertpapier fungierten.

Die rote Nummer auf der Rückseite der US-Geburtsurkunde ist der Registrierungscode für ein an der Börse gehandeltes Wertpapier.

Der Wert entspricht einem durchschnittlich zu erwartendem Profit, den der Bürge(r) mit seiner Arbeitskraft für die Corporation erwirtschaftet. Wie funktioniert das?

Jeder Mensch oder auch jeder Zusammenschluß von Menschen (z.B.: ein Unternehmen) zahlt direkte oder mindestens indirekte Steuern. Alles was konsumiert wird, ist mehrfach versteuert. In einem Liter Benzin von der Tankstelle sind nicht nur Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer enthalten. Es sind auch anteilig Lohnsteuer, Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und unglaublich viele weitere "Steuern", Abgaben und Nebenkosten enthalten.

Die Lohnsklavenbesitzer (Firmeninhaber) stellen den größten Teil der von allen Menschen genutzten relevanten Ressourcen (Öl, Energie, Wasser, Lebensmittel usw.) zur Verfügung und schöpfen über den Preis, dieser von allen genutzten Güter, den größten Teil des Nutzens aus der Arbeitskraft "ihres" Lohnsklaven ab.

Auch alle anderen Güter werden mit "Steuern" und Abgaben belegt. So kann sich der Lohnsklavenbesitzer, auch ohne eine eigene nennenswerte Leistung zu erbringen, einen erheblicher Anteil an allen Leistungen der tätigen Sklaven sichern. Über Kapitalkosten (die Zinskosten in nahezu allen Waren und Dienstleistungen) werden weitere Anteile an der Arbeitsleistung vereinnahmt.

Durch die unterlassene Miterschaffung der geforderten Zinsen bei der Geldschöpfung aus dem Nichts, entsteht eine Existenz- und Konkurrenzkampfarena, in der ein großer Teil der Sklaven seine selbst erschaffenen Werte garantiert verlieren muß, da die umlaufende Geldmenge schon rechnerisch nicht ausreicht, alle Forderungen der Bankster zu befriedigen.

So werden die Realwerte umverlagert und aus der offenen Leibeigenschaft (Sklaverei) der Feudalgesellschaft wurde die versteckte Lohnsklaverei des Kapitalismus. So wie der Sklavenbesitzer im Feudalismus sich die Erträge aus der Arbeitskraft aneignete, so eignet sich eine Elite heute mit Hilfe der Lohnsklaverei über Steuern, Abgaben und das zinsbehaftete Geldsystem die Erträge aus der Arbeitskraft an. Es ist so für die Konzerne und Lohnsklavenbesitzer auch bequemer, sorgen die modernen Sklaven doch selbst für ihre eigene Unterkunft und Verköstigung.

Durch die Insolvenz der United States Corporation, der Loslösung des Dollars vom Sachwert (damals Gold) und die damit verbundene Möglichkeit der hemmungslosen Gelderzeugung durch die FED, wurden die Banknoten zu reinen Schuldverschreibungen, gedeckt durch den unbewußten Kredit den der einzelne Bürge(r), "seinem Simulationsstaat" mit seiner Geburt gegeben hat.

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde dieses "Geschäftsmodell" auf die Besatzungszone "Bundesrepublik Deutschland" ausgedehnt. So finden Sie im Grundgesetz im Art. 133:

"Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein."

Der Bund ist also lediglich ein Verwaltungsorgan. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet ein Subunternehmen der US Corporation in Verbindung mit dem englischen Königshaus (amerikanische und englische Besatzungszone), welches sich wiederum in wechselseitiger Abhängigkeit und Zusammenarbeit mit den größten Finanzkartellen befindet.

Im Art. 65 GG erfahren Sie, wer diese Firma **im Auftrag der Besatzer** führt:

"...Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen **Geschäftsbereich** selbständig... Der Bundeskanzler leitet ihre **Geschäfte** nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten **Geschäftsordnung**."

Es geht hier also nicht um Regierungsbereiche, es wird keine Regierung geleitet und auch über keine Regierungsordnung beschlossen. Es geht ums Geschäft.

Am 27. Februar 2010 sprach SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel auf dem Sonderparteitag in Dortmund diese Tatsache auch aus:

"Wir haben gar keine Bundesregierung – wir haben: Frau Merkel ist Geschäftsführerin eine neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland..."

Um diese Aktion mit dem Handelsrecht in Übereinstimmung zu bekommen, erschafft die Geschäftsführung nach Ausstellung der Geburtsurkunde (die noch die natürliche Person mit einem Familiennamen nachweist) unter dem Namen des jeweiligen Bürge(rs)n eine juristische Person. Gab es im Deutschen Kaiserreich mit der Einführung des BGB noch eine Unterscheidung zwischen Natürlicher Person und Person, so ist im Besatzungsrecht (SHAEF - Gesetze = ausländisches Recht) die natürliche Person mit der juristischen Person gleichgesetzt worden. Deshalb ist in der Geschäftsordnung der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (s.Art.133 GG, ehemalige amerikanische und britische Besatzungszone), die natürliche Person latent (geworden) und es tritt die juristische Person in Erscheinung.

Militärregierung – Deutschland
Kontrollgebiet des obersten Befehlshabers

Gesetz Nr.52

Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen
Artikel VII – Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) **"Personen"** bedeutet **jede natürliche Person**, jede Gesamthandsgemeinschaft **und jede juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts** die gesetzlich fähig ist, Vermögen oder Vermögensrechte zu erwerben, zu benutzen, in Kontrolle zu nehmen oder darüber zu verfügen.
- b) **"Geschäftliches Unternehmen"** bedeutet **jede Einzelperson**, Offene Handelsgesellschaft, Vereinigung, Körperschaft, oder sonstige Organisation, **die** ein Handelsgeschäft oder **ein sonstiges Geschäft betreiben** oder öffentliche Wohlfahrtstätigkeit ausüben.
- c) **"Vermögen"** bedeutet **jedes bewegliche** und unbewegliche **Vermögen**, sowie alle gesetzlichen und auf Recht und Billigkeit beruhenden und wirtschaftlichen Eigentumsrechte und Interessen ...
- d) Ein **"Staatsangehöriger"** eines Staates oder **einer Regierung bedeutet, ein Untertan oder Staatsbürger** sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, eine Körperschaft **oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze** eines derartigen Staates oder **einer derartigen Regierung besteht** oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat.
- e) **"Deutschland"** bedeutet **das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.**

Innerhalb der **Geschäftsordnung der Bundesrepublik Deutschland (s.Art. 65 u. 133 GG)** ist so jeder Bürger als natürliche Person mit einer juristischen Person gleichgesetzt und verschmolzen worden und zu einer Sache mutiert. Er ist mit dieser juristischen Person auch ein "Geschäftliches Unternehmen", eine Wertanlage, ein Vermögen welches über die Maske der Persona als Personal (juristische Person) fast täglich irgendwelche (Rechts-) Geschäfte (z.B. einen Einkauf) betreibt.

Als Vermögen steht die Person unter Aufsicht und Betreuung und als Vermögenswert (Wertpapier) sind seine Eigentumswerte gesperrt. Sklaven haben eben keinen wirklichen Besitz. Man läßt sie nur glauben welchen zu haben.

Er wird zwar als "Staatsbürger" bezeichnet, lebt jedoch als Personal, als Untertan, seiner bürgerlichen Rechte beraubt, in einem Simulationsstaat, der ihn als Sache, als Wertanlage, als Element der Inventur mit einem konkreten Verwahrort betrachtet. Er, als Untertan, Sklave, befindet sich an diesem Verwahrort in Wohn-Haft.

Wie wird dies nun genau gemacht?

Blacks Law Dictionary – Revised 4th Edition 1968

the full capitalization of the letters of one's natural name, results in a diminishing or complete loss of legal or citizenship status, wherein one actually becomes a slave or an item of inventory.

The method by which the State causes a natural person to "volunteer" himself into slavery, is through forming the entity of legal fiction (name all CAPS).

die Großschreibung der Buchstaben des Namens einer natürlichen Person, ergibt eine Verminderung oder den vollständigen Verlust des rechtlichen Status einer natürlichen Person oder der Staatsbürgerschaft, wobei man eigentlich ein Sklave oder ein Element der Inventur wird.

Die Methode, durch die der Staat die "freiwillige" Sklaverei einer natürlichen Person verursacht, ist durch die Formung einer juristischen Fiktion (Name, Buchstaben alle als GROSSBUCHSTABEN).

Aus diesem Grunde finden Sie in Ihrem "Personal"ausweis den Namen (ihrer künstlich geschaffenen juristischen Person) in GROSSBUCHSTABEN geschrieben. Aus Ihnen, der natürlichen Person mit Bürgerrechten und einem Familiennamen in einem echten Staat, wurde ein Sklave ohne Bürgerrechte mit lediglich einem Namen der in einem Simulationsstaat lebt. Sie, als natürliche Person, handeln durch die Maske der künstlich geschaffenen juristischen Person. Der Simulationsstaat wiederum, als Werkzeug einer kleinen Elite, gaukelt dem Sklaven Scheinrechte vor, um sich über die Andockstelle der juristischen Person einen Großteil der Früchte aus seiner Arbeitskraft anzueignen.

Natürlich nur, so lange der Mensch mit dem Personalstatus und dem Sklavendasein einverstanden ist.

Ein Einverständnis wird zum Beispiel durch die **Beantragung** eines **Personalausweises** erklärt. Personalausweis als auch bundesrepublikanischer Reisepass werden vom Untertan zwar selbst beantragt und bezahlt, jedoch geht das Dokument trotz Bezahlung nicht in sein Eigentum über. Geht ja auch nicht. Sachen können in Wahrheit kein Eigentum besitzen, auch wenn sie es selbst bezahlt haben.

Aus der natürlichen Person, die im Staat Deutsches Reich einmal Bürgerrechte hatte, wurde so die Handelsware Mensch, die als Subunternehmer (die juristische Person) innerhalb der Firma BRD tätig ist. Verläßt der Subunternehmer die Firma, können ihm diese Dokumente auch wieder abgenommen werden, sie gehören ihm ja auch nicht. Dann steht er jedoch ohne von anderen anerkannte Dokumente da. Wie will er dann aber nachweisen wer er ist oder wie kann er dann eine weite Reise unternehmen?

Eine Möglichkeit ist, sich für eine Übergangszeit in Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß BGB § 677, eigene Dokumente zu erstellen um dem Ausfall der staatlichen Stellen Rechnung zu tragen. Diese Dokumente sind jedoch wegen Unkenntnis der meisten Menschen über die wahre Rechtslage in Deutschland noch nicht überall zu gebrauchen. Ein neuer Staat muß her.

Der Untertan gibt **mit der Beantragung** eines Bundespersonalausweises zu verstehen, daß er diesen rechtlosen Sklavenstatus wünscht. Er beantragt ja selbst, Personal der Firma "Bundesrepublik Deutschland" zu werden. Ein Vertrag entsteht und ein Schiedsgericht (Amtsgericht, Arbeitsgericht, Handelsgericht usw.) wird zuständig. "Steuern" und (Zwangs-) Abgaben innerhalb der Geschäftsordnung dürfen nun verlangt werden, auch wenn das Grundgesetz keine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern vorsieht. Aber ein Sklave hat keine wirklichen Rechte und er kann auch keine einklagen. Er ist in der Rechtsordnung der Bundesrepublik nur Sache. Mit einer Sache kann man nach Belieben verfahren. Alle Rechte erweisen sich nur als Scheinrechte, versucht man "sein" Recht wirklich einzufordern. Ich könnte unzählige Beispiele aufzeigen.

Auch ein unter Herrschaft der NSDAP 1935 erlassenes Gesetz, welches damals zur Kaltstellung der jüdischen Rechtsanwälte diente (heute als Anwaltszwang bekannt), ist längst wieder "geltendes Recht" in der Geschäftsordnung der BRD. So sind die Sklaven nicht in der Lage, Recht ohne einen systemkonformen Erfüllungsgehilfen "einzufordern". Der Rechtsanwalt, über das Standesrecht mit dem "Staats"anwalt und dem "Richter" verbunden, kann sich, selbst Sklave, nur so weit für seinen Mitsklaven einsetzen, wie es die Macher des Systems zulassen. So fühlt der Sklave seine Ketten erst, wenn er selbst an ihnen zieht. Erst dann merkt er, daß er gar keine wirklichen Rechte besitzt. Der Rechtsanwalt dient dem "Rechtsfrieden" und hält für die Sklaven die Illusion aufrecht, in einem Rechtsstaat zu leben. Zu dieser Erkenntnis kommen die meisten Sklaven jedoch nie. Diese Erkenntnis ist auch nicht ganz ungefährlich. Gibt es doch ein Unzahl von Sklaven, die ihr glückliches Sklavendasein schätzen und jeden, der die Sklaverei abschaffen möchte am liebsten lynchen würden.

Sollten Sie ihr Sklavendasein beenden und wahrhafte Rechte haben wollen, erhalten Sie diese erst wieder, nachdem Sie sich als Natürliche Person zu erkennen geben und den Personalstatus beenden. Auch dann wird es noch schwierig, denn in den "Behörden" sind auch nur Sklaven beschäftigt, die ja nur ihrer Arbeit nachgehen und ihren Job beschützen wollen. Daß diese damit die Sklaverei stützen, ist ihnen selbst nicht bewußt. Sie kennen ja auch wahres und dauerhaftes Glück nicht. Könnten Sie einer Masse einäugiger Farbenblinder räumliches und farbliches Sehen wirklich beschreiben? Vielleicht würden die "Halbblinden" eine Operation zur Behebung der teilweisen Blindheit gar ablehnen? Sie kennen ja nichts anderes. Vielleicht würden sie nur glauben, man wolle sie betrügen und würden gar verärgert reagieren? Es braucht also viel Liebe, Vertrauen und auch Geduld.

Das Deutsche Volk hat sich noch nicht wieder aufgerafft, sich vom Personalstatus befreit, sich neu organisiert, institutionelle Organe nach neuen und freien Systemen geschaffen, Verfassungsentwürfe erarbeitet die die Sklaverei dauerhaft abschaffen und Freiheit garantieren, echte Volksvertreter gewählt, über die verschiedenen Verfassungsentwürfe debattiert, sich als Staat neu fundamentierte den besten Entwurf gewählt und ihn per Volksabstimmung bestätigt und damit selbst legitimierte Hoheitliche Gewalt geschaffen. Erst wenn man sich als Volk und seine Kräfte einigt, wird es wieder einen echten Staat geben, der den echten Bürgern wieder weitere echte Rechte verleihen kann.

Ein Verwaltungsgebilde, welches Personal (Sklaven/Sachen) verwaltet, kann keine echten Rechte verleihen, denn niemand kann mehr Rechte verleihen als er selbst besitzt.

Da die Aberkennung der Bürgerrechte im staatlichen BGB (des Deutschen Reiches) als unzulässig erklärt wird, man als Besatzer aber nach dem Völkerrecht gemäß Art. 43 HLKO daran gebunden ist die öffentliche Ordnung unter Beachtung der Landesgesetze wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, ist man auf Ihre "freiwillige" Mitarbeit angewiesen. Aus diesem Grund müssen Sie (oder auch ein für Sie zuständiger "Betreuer" oder **Sach**bearbeiter) in der Bundesrepublik das Meiste beantragen. Der Sachbearbeiter hilft Ihnen auch, die verschiedenen **Sach**verhalte (die Verhältnisse von Sachen/Sklaven untereinander) zu klären, die mit der Beantragung einhergehen.

Elterngeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld ... Es gibt Anträge für alle Sachverhalte, die von den "zuständigen" (weil von Ihnen beantragt) Sachbearbeitern geklärt werden können.

Wer Geld oder Leistungen annimmt und sich auf die Ablehnung von Eigenverantwortung einläßt, muß auch geben können. Sie nehmen einige Vergünstigungen (Geld und Betreuung) und geben dafür den größten Teil ihrer Arbeitskraft her. Ist doch fair, oder etwa nicht?

Zudem haben Sie ja auch die Möglichkeit sich neu zu organisieren und können, wie die Amerikaner damals auch, einen echten neuen Staat schaffen. Die Möglichkeiten dafür bestehen bereits.

Informieren Sie sich unter: NeuDeutschland.org über diese Möglichkeiten.

Wenn man beständig seine Eigenverantwortung ablehnt, sich nur zurücklehnt und von anderen das erwartet, was man selbst tun sollte, dann braucht man etwas "Nachhilfe". Ein symbolischer Tritt in den Hintern hilft da manchmal. Das ist im Individuellen wie im Kollektiven genauso.

Wie lange wollen Sie sich als Deutsches Volk noch treten lassen? Wenn die kleinen Tritte nicht die entsprechende Wirkung haben und man sich nicht bewegt, dann wird man fester getreten – nicht wahr?

Übernehmen wir endlich Eigenverantwortung und einigen und organisieren uns.

NeuDeutschland ist eine Übergangslösung dorthin, wo Selbstverantwortung und Freiheit wartet. Sich dazu entscheiden und gehen müssen Sie jedoch selbst – jeder für sich.

Peter Fitzek